

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 79

6. NOVEMBER 1990

50 Pfennig



Fotos: Spartakist

Anti-Nazi-Demo in Halle: SpAD-Bundestagskandidat Reinhard Hartwig auf Kundgebung (links); SpAD-Block ruft: „1, 2, 3, 4, Faschisten marschieren nicht mehr hier! 5, 6, 7, 8, Arbeiterklasse an die Macht!“

Stoppt die Nazis durch Arbeitermobilisierung! Halle: Einheitsfrontaktion gegen Nazi/Skinhead-Überfälle

HALLE, 2. November — Mehr als 1000 Menschen beteiligten sich an der heutigen Protestkundgebung gegen die Faschisten. Mehrfach war das „Reformhaus“, ein Zentrum verschiedener linker Gruppen in Halle, von Skinheadbanden brutal überfallen worden. Zur Kundgebung auf dem Marktplatz in Halle mit anschließender Demonstration zum Reformhaus hatten u. a. die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, die PDS, VL, Jusos, KPD, MJV und der Bund der Antifaschisten aufgerufen. Viele Jugendliche waren auf dem Platz der Kundgebung, neben Immigranten sind sie die hauptsächlichen Opfer faschistischer Angriffe in Halle und Umgebung.

Die SpAD initiierte diese Demonstration und verteidigte ihren Einheitsfrontcharakter gegen die politischen Zensoren und Hexenjäger von den Jusos und „Demokratie Jetzt“, die Gewaltverleumdungen in Umlauf brachten. Wir gaben unser eigenes Flugblatt auf deutsch und portugiesisch heraus: „Stoppt die Nazis durch Arbeitermassenmobilisierung!“ (abgedruckt in *Spartakist* Nr. 78,

23. Oktober) und verteilten es massenhaft vor Großbetrieben, in Arbeitervierteln und Wohnheimen eingewandter Arbeiter, wo es besonders von mosambikanischen Arbeitern wärmstens aufgenommen wurde und von ihnen auch weiterverteilt wurde.

„Eins, zwei, drei, vier — Faschisten marschieren nicht mehr hier! Fünf, sechs, sieben, acht — Arbeiterklasse an die Macht!“ skandierte der klassenkämpferische Block der SpAD. Denn an diesem Tag marschierten keine Faschisten, und zum ersten Mal fand in der Arbeiterstadt Halle eine antifaschistische Aktionseinheit statt, die damit ein Zeichen setzt, um die Faschisten, die dieses Gebiet der ehemaligen DDR zu ihrem Rekrutierungs- und Aufmarschfeld entwickeln wollen, in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben.

Auf den Aufruf der Spartakisten hin kamen auch Arbeiter von Leuna und Buna zu diesem Protest. Delegationen zu der Demonstration kamen nicht nur aus der Region

Fortgesetzt auf Seite 9

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Nach acht Jahren: Von den Falken zur SpAD

Ich habe von den Falken erwartet, daß ich mit Leuten zusammen für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft kämpfen kann. Doch sobald ich dabei notwendigerweise über den von der SPD gesetzten Rahmen hinausging, stand ich alleine. So zum Beispiel vor der Pfingstfahrt nach Berlin, als es um den § 218 ging.

In der Diskussion bei den Falken ging es von Anfang an nur darum, wie dieser Paragraph zu reformieren wäre. Ich bin aber dafür, daß dieser Paragraph ersatzlos gestrichen wird und jede Strafanordnung gegen Frauen und Ärzte aus der Welt verschwindet!

Charakteristisch für das Verhalten der Falken war für mich auch die Herangehensweise an die Bonner Demo gegen das Abtreibungsverbot im Juni. Es gab keine Auseinandersetzung, mit welchen Losungen die Falken auftreten würden, sondern schlimmer noch, sie waren dort überhaupt nicht sichtbar. Zur Demo bin ich dann mit den Spartakisten gefahren, weil sie aktiv für die Umsetzung ihres Programms kämpfen. In diesem konkreten Fall heißt das die Verteidigung der relativ fortschrittlichen Abtreibungsregelung der DDR, verbunden mit der Forderung nach ersatzloser Streichung der § 218 und § 219 und mit der Verteidigung der Frauen gegen alle Angriffe der neuen kapitalistischen Herrscher. Dabei sind dies für uns keine hohlen Parolen, sondern konkrete Schritte zur Mobilisierung von männlichen und weiblichen Arbeitern und Gewerkschaftern.

In der Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung wichen die Falken nicht von der Meinung der PDS und anderer linker Gruppierungen ab, nämlich einen besseren Ausverkauf hinzukriegen. Es gab keinerlei Anstrengung, die Errungenschaften der DDR zu verteidigen (z. B. gab es für 90 Prozent aller Kinder Plätze in Kinderkrippen und Kindergärten).

Während die Falken sich bei ihrem Pfingsttreffen in Berlin selbst beweihräuchert haben, protestierten ein paar hundert Meter weiter 50 000 Demonstranten gegen die von der SPD betriebene Enteignung von PDS und FDJ. Und bei der Falken-Veranstaltung wurde auch noch Momper bejubelt, neben Lafontaine einer der obersten antikommunistischen Hexenjäger der SPD.

Auch habe ich von den Falken erwartet, daß sie klare Vorstellungen haben, wie die Faschisten zu bekämpfen sind, nämlich daß sie zerschlagen werden müssen. Stattdessen werden sie toleriert und behandelt wie Verwirrte, mit denen man bloß reden muß. Daß das keine Wirkung zeigt, ist gerade jetzt deutlich zu merken, wo auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die Jugendlichen keine Perspektive haben und dadurch leichte Beute sind für die Parolen der Faschisten. Einerseits müssen wir dafür kämpfen, daß diese Jugendlichen wieder eine Zukunft haben. Andererseits müssen wir die faschistischen Terrorbanden zerschlagen, solange sie noch nicht zu groß sind. Einer der Hauptpunkte im Programm der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) ist deshalb, für die massenhafte Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten zu kämpfen, statt hilflos an die Behörden zu appellieren, die Faschisten zu verbieten. Gerade mit dem von der SPD geforderten schnellen Anschluß der DDR sind doch die Faschisten dort legal geworden, nachdem sie schon seit Beginn der Konterrevolution in der DDR aus ihren Löchern krochen. Der Kampf gegen Faschismus und Rassismus ist eng verbunden mit der Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Lafontaine und Voscherau sind heute Vorreiter der rassistischen Kampagne gegen die Roma und Cinti. Und gerade SPD-Innensensoren sind berüchtigt für ihre brutale Verteidigung von faschistischen Versammlungen gegen Antifaschisten.

Seit ich mit der SpAD diskutiere, habe ich mehr über sozialistische Politik gelernt als in den acht Jahren vorher bei den Falken. Vor allem habe ich zum erstenmal Rosa Luxemburg gelesen und das Gelesene diskutiert, statt ihr Foto immer nur in verschiedenen Varianten auf Postern zu sehen. Dabei ist mir klar geworden, daß sie eine revolutionäre Internationalistin war und nicht eine Pappfigur für nationalistiche kleinbürgerliche Politik. Rosa hat in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts den sozialdemokratischen Reformismus bekämpft, und nachdem die SPD zur Arbeiterpartei des deutschen Imperialismus wurde, hat sie die SPD gespalten und die KPD gegründet, deren Tradition heute nur von den Trotzlisten der Internationalen Kommunistischen Liga fortgesetzt wird.

Einige von Euch haben wie ich die Schnauze voll von der SPD und ihrer Kinderbetreuungsfiliale Falken und sehen die Ausdehnung der stalinistischen PDS als Alternative. Doch nach Ulbrichts und Honeckers bürokratischer Mißwirtschaft in der DDR wurde dieser deformierte Arbeiterstaat von Modrow und Gysi an die westdeutschen Imperialisten verschenkt, in der Hoffnung auf einen warmen Platz im Vierten Reich. Auch programmatisch haben sie nichts anderes zu bieten als Godesberg mit Öko-Touch. Für Euch ist es vielleicht lächerlich, sich einer kleinen Partei wie der SpAD anzuschließen, wenn andere „Arbeiterparteien“ Aussicht auf Stühle im Reichstag haben.

Doch es gibt heute Millionen betrogene Arbeiter in der DDR, die wissen, wer sie betrogen hat. Es gilt, den stattfindenden und kommenden Arbeiterwiderstand zu organisieren – auch hier im Westen. Die SpAD hat ein Klassenkampf-Wahlprogramm für die Mobilisierung der Arbeiter gegen die Folgen des Anschlusses und für eine sozialistische Zukunft.

Lest Euch das von mir mitgebrachte Wahlprogramm mal durch und diskutiert mit mir weiter, wie wir es in die Tat umsetzen können. Niederlagen hatte die Arbeiterklasse in Deutschland genug. Organisieren wir jetzt mal Siege!

Alexandra, Hamburg, den 7. Oktober 1990

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Len Markow,
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Federico Parodi,
Mark Richard, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur),
Uli Voss, Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11; Fax: (0 40) 33 01 54
Kontakt und Korrespondenz, Spartakist: Redaktion (0 30) 4 91 45 48
c/o Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
Postfach 2002, Berlin 1026
Abonnement (16 Ausgaben): DM 10,- Postgirokonto Frankfurt/Main 119 88-601
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-44-314496
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Internationalistische Grüße aus Polen

Nachfolgend drucken wir einen Brief der Bewegung der Jungen Linken an die SpAD ab. Die polnischen Genossen und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hatten inzwischen ausführliche programmatische Diskussionen, und wir sind stolz darauf, die Gründung der Spartakusowska Grupa Polski bekanntzugeben. In der nächsten Ausgabe des Spartakist werden wir das „Übereinkommen für gemeinsame Arbeit“ zwischen der neugegründeten polnischen Spartakist-Gruppe und der IKL veröffentlichen.

Wroclaw, 29. Juli 1990

An die Genossen Spartakisten

Als junge Menschen, die während ihres Studiums – durch ihre eigenen Anstrengungen und Untersuchungen – zum Trotzismus gelangt sind, dieser vergessenen Tradition und modernen revolutionären Strömung der Arbeiterbewegung, lesen wir mit Interesse Eure Veröffentlichungen. Soweit uns bekannt ist, seid Ihr die einzige Strömung, die des Jahrestages gedenken, als Lenin, Luxemburg und Liebknecht gestorben sind. Auch wir in Polen haben dieses Jahrestags gedacht.

Am 1. Mai 1988 zum Beispiel wurden wir aus einer offiziellen Demonstration in Warschau hinausgeschmissen, weil wir unter anderem ein Banner über „Lenin, Luxemburg und Liebknecht“ hatten. Am 70. Jahrestag des Todes von R. Luxemburg und K. Liebknecht haben wir ein Flugblatt auf den Straßen von Wroclaw verteilt, das ihrem Gedenken gewidmet war. Wir haben eine Reihe von Veranstaltungen organisiert, wo wir mit Zeitungsausschnitten aus der deutschen und polnischen Presse diese vergessene Tradition dokumentiert haben. Euch ist es zu verdanken, daß unser Zugang zu dieser Tradition vertieft wurde.

In der trotzkistischen Bewegung in Polen stoßen wir oft auf Aktivisten, die aus „Solidarność“ kommen oder zumindest alle ihre Hoffnungen auf „Solidarność“ setzen. Bis jetzt ist es schwierig für sie, sich von diesen

Illusionen zu befreien. Entweder ist ihnen die Realität unserer wahren Tradition nicht bekannt, oder sie unterdrücken sie (aus „taktischen“ Gründen). Es wird zunehmend schwieriger für uns, mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden.

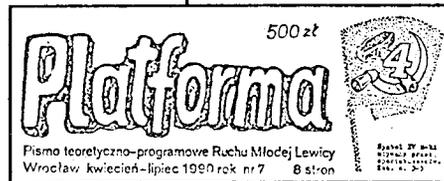
Es wird uns vorgeschlagen, Eure Position zu verschweigen, die sie als „Diskreditierung der trotzkistischen Bewegung“ (!) ansehen. Die Diskussion wird genau in dem Augenblick unterbunden, wo sie hätte beginnen müssen.

Die Bedrohung der Arbeiterstaaten durch den deutschen Imperialismus, vor der Ihr warnt, wird in Polen benutzt, um eine nationalistische Hysterie zu schüren. Es ist unser Ziel, dagegen mit einem internationalistischen

KWIECIEN-LIPIEC 1990r. NR 7

4

Program Spartakusowców ustami ich „agentów”



co taka spełnia podobną funkcję
gra polećca rolę, w państwach
botniczych, tak jak to zostało
racone w klasycznych pracach Zru
ego, szczególnie w „Klasowym
karakterze państwa radzieckiego”,
„Radzkiej rewolucji”, „4 obronie
kultury” „Programie praxjologicz-
nym” itd. Przeciwnie, niechaj
inistów /i Realystów/, mówiącej,
biurokracja jest „kontrewolucja
na wznos”, co jest używane
do uprzydatnienia zarzucenia
praktyce trockistowskiego progra
bezwzględnej obrony militarną
stwy robotniczych w obliczu etat-
szamy PAKCZ 2 NAROD: Zrodnych pacy-
stytucyjnych szkodzeń w rozbrojeniu
Tylko międzynarodowa rewolucja -
industrializacja może przynieść pokój
Industralizacji. Tylko klasa robotnicza

Trotzkistische Fusionserklärung der Spartakist-Gruppe Mexiko, abgedruckt in Platforma, Zeitung der Bewegung der Jungen Linken in Polen

Standpunkt aufzutreten und zu einer gemeinsamen Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterrevolution auf dieser und auf der anderen Seite der Oder aufzuzurefen. Wir geben Eurem Kampf volle Unterstützung.

Mit internationalistischen Grüßen
AJ, RK

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Spartacist League of Australia
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001
Australien

Spartacist League/Britain
Spartacist Publications
PO Box 1041
London NW5 3EU
England

Troskyist League of Canada
Box 7198, Station A
Toronto, Ontario
M5W 1X8, Kanada

**Spartakist-Arbeiterpartei
Deutschlands**
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

Ligue Trotskyste de France
Le Bolchévik, BP 135-10
75463 Paris Cedex 10
Frankreich

Spartacist Group India/Lanka
schreibt an Spartacist, New York

Dublin Spartacist Youth Group
PO Box 2944, Dublin 1
Republik Irland

Lega Trotskista d'Italia
Walter Fidacaro
C.P. 1591
20101 Milano
Italien

Spartacist Group Japan
PO Box 18
Chitose-Yubinkyoku
Setagaya-ku, Tokyo 156
Japan

Grupo Espartaquista de México
P. Linares, Apdo, Postal 453
CP 06002, México 1
D.F., México

Polen
A. J., SKR 741
50/950 Wroclaw 2, Polen

Spartacist League/U.S.
Box 1377 GPO
New York, NY 10116
USA

Unterstützt den Klassenkampf-Wahlkampf!

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kandidiert in Sachsen und Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Unsere Kandidaten sind in Berlin Toralf Endrweit, Jana Strauchfuß und Renate Dahlhaus. In Sachsen-Anhalt kandidieren Ramona Steiner und Reinhard Hartwig, in Sachsen kandidiert Michael Scharsig. In Mecklenburg-Vorpommern stellt sich Ralf Neitzke zur Wahl und in Hamburg Herbert Peveling. Wählt diese Kandidaten, damit die Stimme der Kommunisten am 2. Dezember laut und deutlich Gehör findet. Überall dort, wo SpAD nicht auf der Wahlliste steht, schreibt **SPARTAKIST!**

Die SpAD ist bekannt für ihren Kampf gegen jegliche Offenlegung der Parteifinzen. Nur die SpAD sagte einfach „Nein“ zu dieser antikommunistischen Hexenjagd und ruft Arbeiter und Linke auf: „Wehrt Euch! Der Angriff auf die PDS ist ein Angriff auf alle!“ Wir brau-

chen jetzt noch mehr Unterstützung und Geld für unseren Klassenkampf-Wahlkampf! Kommt zu den Spartakist-Treffpunkten, verteilt mit uns unser Klassenkampf-Wahlprogramm und kämpft mit uns für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Spendet jetzt!

Eine Klassenkampf-Wahlkampf-Kandidatur kostet viel Geld. Wir nehmen keinen Pfennig Subvention, sondern nur Geld von denen, die irgendwie ernsthaft mit unserem Programm übereinstimmen. Wir sind auf uns und euch angewiesen!

Schickt bitte eure Schecks oder überweist eure Beiträge an: SpAD, Konto-Nr. 6651-16-168, Berliner Stadtbank, oder Fred Zierenberg, Stichwort Wahlkampagne, Konto-Nr. 2119 766 00, Dresdner Bank Frankfurt/Main, BLZ 500 800 00. ■

Veranstaltungskalender

Berlin

Donnerstag, 8. November, 18.00 Uhr

**Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/
Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft,
basierend auf Arbeiterdemokratie!**

Grünauer Straße 5, 1. Stock, 1190 Berlin
(S-Bahnhof Schöneweide)
Telefon: (Westberlin) 4 92 78 66

Halle

Samstag, 10. November, 16.00 Uhr

**USA/NATO raus aus dem Persischen Golf!
US-Imperialisten planen Massenmord
Brecht die UN-Blockade gegen Irak!**

Comcenter Halle, Raum 30, Leninallee 70
Weitere Information: Telefon (Halle) 2 90 55

Hamburg

Mittwoch, 14. November, 19.00 Uhr

**Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/
Gorbatschows 500-Tage-Plan! Für Planwirtschaft,
basierend auf Arbeiterdemokratie!**

Mittwoch, 28. November, 19.00 Uhr

**Verteidigt eingewanderte Arbeiter, Roma und
Cinti! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!**

Haus 3, Stadtteilzentrum, Hospitalstr. 107
Telefon: (Hamburg) 32 36 44

Bernburg

Montag, 26. November, 19.00 Uhr

Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!

Jugendklub Zepziger Weg, Heinrich-Rau Straße 11

Klassenkampf-Wahlkampf-Veranstaltungen der SpAD:

Für Arbeiterwiderstand in Ost und West!

Mit Bundestagskandidaten der SpAD

Torgelow Freitag, 9. November, 18.00 Uhr
Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus
(Volkshaus)

Berlin Mittwoch, 14. November, 18.00 Uhr
Klub 2000, Allee der Kosmonauten 67
Berlin-Marzahn
S-Bahnhof Springpfuhl

Leipzig Mittwoch, 14. November, 18.00 Uhr
Bebel-Liebknecht-Haus
2. Etage
Zimmer 365, Seminarraum 1

Torgelow Freitag, 23. November, 18.00 Uhr
Arbeiterversorgungsraum, Schützenhaus
(Volkshaus)

Halle Sonnabend, 24. November, 16.00 Uhr
Comcenter Halle, R. 717, Leninallee 70

Berlin Mittwoch, 28. November, 19.30 Uhr
Humboldt Universität, Hörsaal 1070
Unter den Linden 6

Merseburg Mittwoch, 28. November, 18.00 Uhr
Haus der Parteien und Organisationen
Raum 102, Domplatz 2

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Karlsruhe-Entscheidung im Stil der Nürnberger Gesetze Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

50 Jahre nach dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze der Nazis hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, daß Ausländer keine politischen Rechte in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland haben. Indem es das schon sehr eingeschränkte „kommunale Wahlrecht“ in Schleswig-Holstein und Hamburg für unzulässig erklärt hat, hat das BVerfG in rassistisch „völkischem“ Ton erklärt, es gehe in ihrer Verfassung „ausschließlich um die Deutschen... die jeweils das Volk bilden und dessen Vertretung wählen“.

Und als ob sie es noch zusätzlich unterstreichen wollten, daß das Vierte Reich des deutschen Imperialismus der „Nachfolgestaat“ des Dritten ist, hat die Reichstagsmehrheit ausgerechnet am Tag der Entscheidung des BVerfG (am 31. Oktober) einen Antrag der SPD und der Grünen abgeschmettert, eine Stiftung zu gründen, die an ehemalige Zwangsarbeiter eine einmalige „Entschädigung“ von 2000 DM hätte zahlen sollen. Die FDP stimmte dagegen, weil sie laut *taz* vom 1. November „nicht vierzig Jahre bundesdeutscher Geschichte neu aufrollen“ wollte. Diese „Verjährung“ wird natürlich nur bei den Ansprüchen der Opfer der Bourgeoisie von Auschwitz angewandt. Ihre ehemaligen Ausbeuter wie die IG Farben und die Deutsche Bank verlangen jetzt nach 40 Jahren die „Rückgabe oder Entschädigung“ für „ihr“ Eigentum in der ehemaligen DDR, wobei die SPD mit der CDU nur darüber uneinig ist, wer als erster etwas bekommt. Die Entscheidungen des BVerfG und des Bundestags vom 31. Oktober sind ein anschauliches Beispiel für den rassistischen „Rechtsstaat“, dem Gysi nun zu Füßen liegt und Opfer bringt, so z. B. das Parteivermögen mitsamt den Schatzmeistern.

Die BVerfG-Entscheidung betrifft nicht nur andere SPD-regierte Länder und Städte, die vorhatten, das kommunale Wahlrecht einzuführen, wie Bremen und die Hauptstadt Berlin, wo die SPD/AL seit Jahren darüber diskutiert, aber nie etwas getan haben; es bedeutet auch die Abschaffung des beschränkten Wahlrechts für Immigranten, das in der ehemaligen DDR existierte (wenn es auch nie ausgeweitet wurde auf die Vertragsarbeiter aus Vietnam, Polen, Moçambique usw.). Während wir das kommunale Wahlrecht gegen die Rassisten im Reichstag und gegen das BVerfG verteidigen, haben wir immer darauf hingewiesen, daß dieses „Recht“ weniger als ein Brosamen war. Um wahlberechtigt zu sein, mußte z. B. in Hamburg ein Immigrant acht Jahre lang ununterbrochen mit einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung in der „Bundesrepublik“ gelebt haben. In Schleswig-Holstein wurde dieses „Recht“ nur auf die „arischen Völker“ wie Dänen, Schweden, Norweger, Holländer, Schweizer und Iren angewandt. Für die SPD und die Grünen bedeutete das „kommunale Wahlrecht“ eine Wählerbasis zweiter Klasse auf lokaler Ebene und eine Eintrittskarte zur „Festung Europa“ der EG, wo sechs von zwölf Mitgliedsstaaten bereits die eine oder andere Variante dieser zweitklassigen „Mitbürgerschaft“ bietet. Und dieses beschränkte „Wahlrecht“ hat die Regierungen der SPD und SPD/Grünen nicht davon abgehalten, gnadenlos Bonns Abschiebungs- und „Abschreckungs“gesetze in ihren eigenen Ländern und Städten anzuwenden.

Ironischerweise zitierten die Vertreter Schleswig-Holsteins vor dem BVerfG aus der preußischen Städteordnung von 1808, geschrieben von Freiherr vom Stein und einge-

führt als eine Reaktion auf Napoleons Sieg bei Jena. Darin wurde allen das Bürgerrecht gewährt „ohne Unterschied, ob sie Deutsche oder von anderer Nation seien“. Abgesehen vom Frauenwahlrecht war vom Stein in vieler Hinsicht demokratischer als die SPD in Kiel 180 Jahre später! Wie das Niederreißen der Gettomauern für die Juden spiegelt dies den direkten Einfluß der französischen Revolution wider, wenn auch exportiert auf Napoleons Bajonetten.

Deutschland stieg wie Japan zu einer modernen imperialistischen Macht auf ohne eine vom Volk getragene bürgerlich-demokratische Revolution. Das ist der Grund, warum die politischen Parteien, die im Augenblick im Reichstag sitzen, von der CDU bis zur PDS, wenn es um grundlegende demokratische Rechte geht, wie die Trennung von Staat und Kirche, das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung, das Abtreibungsrecht, stehengeblieben sind in der Ara der Hohenzollern und des Junkertums.

Der Citoyen der französischen Revolution war nicht so sehr Franzose, sondern Revolutionär, wie man an Tom Paines Teilnahme in der Nationalversammlung sehen kann oder daran, daß zwei Führer der Pariser Commune Polen waren. Das Wort „Bürger“ in der Ersten Internationale von Marx und Engels bezog sich nicht auf die Nationalität, sondern auf die proletarische Parteizugehörigkeit und wurde später in der marxistischen Bewegung ersetzt durch die Bezeichnung Genosse.

Unsere Genossen der bolschewistischen Revolution erweiterten die Definition der Staatsbürgerschaft auf alle Werktätigen, unabhängig von ihrer nationalen Herkunft, die sich auf sowjetischem Territorium aufhielten, und schafften damit nationale Privilegien ab, die den proletarischen Internationalismus unterminieren. In dieser Tradition verlangen wir volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien. Stoppt die Abschiebungen! Bleiberecht für Roma und Cinti! Milliarden Entschädigung für frühere Zwangsarbeiter, Roma, Cinti und alle überlebenden Opfer des Nazi-Holocaust und ihre Familien! Keinen Pfennig an ihre Peiniger! ■

Antisemitismus – bösartige Zuckung des Kapitalismus

Vor 52 Jahren, am 9. November 1938, entfesselte das Dritte Reich eine Orgie des antisemitischen Terrors in der „Reichspogromnacht“. Daß der Antisemitismus jetzt wieder auflebt, ist bezeichnend für das entstehende Vierte Reich. Nur wenige Monate vor der Reichspogromnacht erklärte das Gründungsdokument der Vierten Internationale:

„Die kompromißlose Entlarvung aller Rassen- vorurteile und aller Formen und Schattierungen nationaler Arroganz und des nationalen Chauvinismus, besonders des Antisemitismus, sollte in die tägliche Arbeit aller Sektionen der Vierten Internationale als wichtigste Erziehungsaufgabe im Kampf gegen Imperialismus und Krieg eingehen.“

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft in dieser Tradition.

Spartakist-Jugendgruppe in Dublin gegründet

Am Wochenende vom 6./7. Oktober ist von einer Gruppe von Studenten am Trinity College in Irland die Dublin Spartacist Youth Group (DSYG) gegründet worden. Daß sich junge irische Revolutionäre der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) angeschlossen haben, ist eine bescheidene, aber wichtige Ausweitung unserer Tendenz.

Die Genossen der DSYG sind in den letzten Jahren in Universitätsgruppen wie Socialist Society und Labour Society aktiv gewesen. 1988 nahmen sie an dem Einheitsfrontprotest teil, der den britischen faschistischen „Historiker“ David Irving daran hinderte, an der Trinity-Universität zu sprechen. Erst kürzlich organisierte die Gruppe das Übermalen von faschistischen antisemitischen Parolen. Sie beteiligten sich auch am fortdauernden Kampf, Informationen über Abtreibung zu verbreiten, dabei verteilten sie mit anderen zusammen ein Flugblatt für das Recht auf kostenlose Abtreibung und für die Befreiung der Frau durch sozialistische Revolution.

Die Arbeit der Internationalen Kommunistischen Liga in Deutschland hat dazu beigetragen, die Genossen von der Korrektheit und Notwendigkeit der Spartakist-Politik zu überzeugen, besonders in Abgrenzung zu den nach rechts abdriftenden Zentristen der Irish Workers Group/Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht). Die IWG hatte ein 18seitiges Pamphlet über „Sektierertum und Stalinophilie: Die Politik der Spartakisten“ veröffentlicht. Als wir scharf gegen die imperialistische Wiedervereinigung kämpften, waren IWG/WP Anhän-

In herzlichster internationaler Solidarität begrüßt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die Gründung der Dublin Spartacist Youth Group.

Die Bedeutung Eurer heutigen Versammlung geht weit über ihre bescheidene Größe hinaus. Der Anfang organisierter kommunistischer Arbeit in Irland bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts für die Internationale Kommunistische Liga und ihren Kampf für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale.

Die irische Arbeiterklasse hat eine Geschichte reich an Klassenkämpfen, nicht nur gegen den britischen Imperialismus, sondern auch gegen die Lakaien-Bourgeoisie. Die bedeutendsten Kapitel hierbei sind von katholischen und protestantischen Arbeitern in gemeinsamen Kämpfen geschrieben worden. Die Nationalisten und Imperialisten haben versucht, dies zu begraben. Wir glauben, daß den irischen Arbeitern der Kampf von Pionieren wie Connolly und Larkin Ansporn sein wird, wenn sie erst vom vergiftenden Haß des Nationalismus und dem proimperialistischen Verrat der Sozialdemokratie befreit sind. Die Grundlage ihres Siegs wird das Programm sein, das die russischen Arbeiter im Oktober 1917 an die Macht gebracht hat. Wir glauben fest daran, daß die Stimme des authentischen Kommunismus auf offene Ohren stoßen wird bei irischen Arbeitern, Jugendlichen und besonders bei den doppelt unterdrückten Frauen. An Eurer Fähigkeit, die Sklaven der Sklaven zu erreichen, wird Euer Erfolg gemessen werden.

Hier versucht die deutsche Bourgeoisie, die schuldig ist an den abscheulichsten Barbareien der Geschichte, die Einverleibung des ehemaligen ostdeutschen defor-

ger einer „kuschelweichen“ kapitalistischen Restauration im Schlepptau der SPD. Sie forderten den Abzug der sowjetischen Truppen und bejubelten die Ausschreitungen gegen die Stasi, bei denen Skinhead-Faschisten in der ersten Reihe standen. Die Dubliner Genossen wiesen die Stalinophobie der IWG/WP zurück und wandten sich statt dessen dem authentischen Trotzismus der IKL zu.

Diskussionen über die nationale Frage in Irland sowie über den Charakter von reformistischen Parteien wie der Irish Labour Party spielten ebenfalls eine große Rolle. Das Gründungstreffen unterstützte das grundlegende Spartakist-Dokument „Thesen über Irland“, das seit seiner Verabschiedung 1977 den Test der Geschichte bestanden hat. Gegen den Chauvinismus von Labour und gegen den irischen Nationalismus wird die DSYG das Banner des proletarischen Internationalismus aufrichten, nicht zuletzt im Zusammenhang mit Nordirland.

Die DSYG nahm auch Stellung zum imperialistischen Aufmarsch im Persischen Golf, heute eine entscheidende Frage für Revolutionäre in der ganzen Welt. Seit Jahren hat die geheuchelte „Neutralität“ der Irischen Republik ihr eine Schlüsselstellung bei den UNO-Truppen verschafft, z. B. als Israels nördlichen Grenztruppen, bis die zionistischen Schlächter sie mit ihrer Libanon-Invasion 1982 beiseite schoben. Die Versammlung rief zum Gewerkschaftsboykott gegen imperialistische Kriegsvorbereitungen auf und zur Mobilisierung mit der Losung: „Stopp das Auftanken der US-Kampfflugzeuge in Shannon!“

Wir drucken hier die Grüße der SpAD an die DSYG ab.

mierten Arbeiterstaates zu konsolidieren. Gleichzeitig beginnen die Arbeiter damit, ihre Kraft zu benutzen, gegen den kapitalistischen Feldzug zur Zerschlagung ihrer Organisationen Widerstand zu leisten und ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensunterhalt zu verteidigen. Besonders Frauen sind aktiv gewesen und haben die erste Runde im Kampf um die Erhaltung des Rechts auf Abtreibung gegen das mittelalterliche westdeutsche Gesetz gewonnen, das Frauen und ihre Ärzte ins Gefängnis bringt. Das nationalisierte Eigentum und die Erwartungen der Arbeiter haben es den deutschen Kapitalisten schwerer gemacht, sich die DDR einzuverleiben, als sie es gedacht hatten. Die voranschreitende Polarisierung dieser Gesellschaft eröffnet für uns Trotzisten die Möglichkeit, schnell zu wachsen und große Siege zu erringen.

Die Errichtung des Vierten Reichs in Europa, eines imperialistischen Molochs, ist eine ungeheure Niederlage für das internationale Proletariat und eine direkte Bedrohung der Sowjetunion. Und ein neuer imperialistischer Krieg braut sich über dem Persischen Golf zusammen. Noch nie war es so wichtig, die revolutionäre internationalistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen.

Mit allem, was uns zur Verfügung steht, wird die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sich dafür einsetzen, die Arbeiter und Unterdrückten im Kampf gegen das Vierte Reich zu mobilisieren und die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter wiederzuschmieden, wie sie repräsentiert wird von unseren Märtyrern und Helden Liebknecht, Luxemburg und Lenin. Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale! ■

Austritt aus der kanadischen KP

„Ich trete aus, weil ich Kommunist bin“

Im folgenden drucken wir die Austrittserklärung von Yossi Schwartz aus der Kommunistischen Partei Kanadas (KPK) ab, der sechs Jahre lang Mitglied in Toronto war. Diese Erklärung ist an die Delegierten der nationalen Parteikonferenz vom 5. bis 8. Oktober verteilt worden.

Der Linie des KP-Führers George Hewison folgend, beschloß die Parteikonferenz von Toronto, jegliche Erwähnung des „Marxismus-Leninismus“ fallenzulassen und sich ausschließlich auf die „Einheit der Linken“ mit der erbärmlich rechtsstehenden sozialdemokratischen New Democratic Party zu orientieren.

Im Gegensatz dazu kämpfte Schwartz für die revolutionäre Alternative von Lenins und Trotzki's Bolschewismus. Er war in den 70er Jahren eine Zeitlang Unterstützer der Internationalen Spartacist Tendenz (jetzt die Internationale Kommunistische Liga) gewesen, kehrte dann aber in den Schoß des Stalinismus zurück. In letzter Zeit wurde er in der kanadischen KP bekannt als Gegner von Gorbatschows prokapitalistischen „Marktformen“ und dessen Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus.

Toronto, 7. Oktober 1990

Mitglieder der Kommunistischen Partei:

Ich erkläre meinen Austritt aus der KPK. Das beschämende Dokument „Die Kommunistische Partei und ein neues Jahrzehnt“ ist nur eine weitere Bestätigung der andauernden Degenerierung der KPK ins Lager der Sozialdemokratie.

Ich bin 1963 zum erstenmal in die Kommunistische Partei Israels eingetreten. Während meiner Zeit in Israel war ich ein engagierter Verteidiger der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Als sich die Kommunistische Partei 1965 spaltete, organisierte ich mich in der Sneh-Gruppe, aber als diese Gruppe Israel 1967 im Krieg unterstützte, verließ ich die Organisation. Im Anschluß daran beschäftigte ich mich mit den Positionen des Trotzismus und wurde davon überzeugt.

1980 trat ich wieder in die israelische KP ein, und vier Jahre später schloß ich mich der Kommunistischen Partei Kanadas an. Der Sieg der Vietnamesischen Revolution, trotz ihrer stalinistischen Führung, spielte eine große Rolle für meine Entscheidung, wieder in die Partei einzutreten. Obwohl mir sehr wohl klar war, daß die stalinistischen Parteien international die Arbeiterklasse oftmals verraten hatten, glaubte ich durch den Sieg der vietnamesischen Arbeiter und Bauern über den US-Imperialismus, daß es möglich sei, die Kommunistische Partei zu einem Instrument für den Sieg der Werktätigen über die kapitalistischen Ausbeuter zu machen. Und anders als die Trotzisten mit ihren wenigen Mitgliedern konnte die KP für sich in Anspruch nehmen, daß sie einen größeren „Einfluß“ habe. Aber wie die Geschichte schon oft bewiesen hat, und wie ich es in den letzten Jahren durch bittere Erfahrung gelernt habe: *entscheidend ist das Programm.*

Wie viele andere Genossen in der Partei war ich verbittert und fühlte mich durch Gorbatschows wiederholten Ausverkauf an den Imperialismus verraten – vom Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan bis zum Aushändigen der DDR an das Vierte Reich. Und wiederum fand ich die einzige Antwort und das einzige

Programm zur internationalen Verteidigung der Interessen der werktätigen und Unterdrückten in der revolutionären Politik des Trotzismus. Die totale Kapitulation der Führer unserer Partei, die alles loswerden wollen, was auch nur im entferntesten an „Kommunismus“ erinnert, während sie vor den Sozialdemokraten auf dem Bauch liegen, ist nur der Abschluß eines Prozesses, der schon vor vielen Jahren begonnen hat. Genossen, diese Organisation hat schon seit Jahrzehnten nichts mehr mit dem Kampf für den Kommunismus zu tun gehabt.

Ich verlasse diese Partei nicht nur wegen ihrer Positionen, die in der Vergangenheit gegen die Arbeiterklasse gerichtet waren, und auch nicht nur, weil sie mehr ein Instrument im Dienst der sowjetischen Bürokratie als im Interesse der Arbeiterklasse war, sondern weil diese Partei unfähig ist, ihre Geschichte zu analysieren und zum revolutionären Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren. Ich verlasse diese Partei, weil sie ein *Hindernis* darstellt auf dem Weg zur sozialistischen Revolution der Arbeiterklasse, weil sie sich weigert, gegen den Ausverkauf Osteuropas und die drohende Zerstörung der Sowjetunion als ein Arbeiterstaat zu kämpfen. Das 500-Tage-Programm der ökonomischen Umstrukturierung, aufgestellt von Jelzin und von Gorbatschow akzeptiert, ist nichts anderes als ein Programm für die Restauration des Kapitalismus.

Diese letzte Krise der stalinistischen Bürokratie läßt sich zurückführen bis zur politischen Konterrevolution, die Stalin 1924 angeführt hat. Ich möchte alle Genossen ermutigen, meine früheren Dokumente zu diesem Thema zu lesen. Diese Krise ist das Resultat der Politik der Klassenzusammenarbeit und der sogenannten „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus, die notwendigerweise aus der von der stalinistischen Bürokratie entwickelten Theorie des „Sozialismus in einem Land“ folgte. Ich glaube fest daran, daß nur eine proletarisch-politische Revolution unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei die Sowjetunion retten kann.

Ich verlasse die Kommunistische Partei Kanadas auch, weil diese Partei sich schändlicherweise den Imperialisten

Fortgesetzt auf Seite 12

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, Postfach 2002
Berlin 1026

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: (0 30) 4 92 78 66

Greifswald

Spartakist
Postfach 24 HPA
Greifswald 2200

Halle

SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg

SpAD
c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (0 40) 32 36 44

Leipzig

U. Nündel, Postamt 25
Postlagernd, Leipzig 7025

Rostock

SpAD, HPA Rostock
Postlagernd 01
Rostock 2500

Torgelow

SpAD, Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

Abspaltung von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat Trotzkistische Umgruppierung in Kanada

Die Organisation Socialist Challenge, Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) im englischsprachigen Teil Kanadas, hat gerade eine Spaltung durchgemacht, die die Organisation stark geschwächt hat und vielleicht ihr Ende bedeutet. Die Erklärung der Revolutionary Marxist Tendency (Revolutionäre Marxistische Tendenz, RMT) „Gegen das Liquidatorentum des Vereinigten Sekretariats – Für Trotzismus!“ appelliert „an alle Genossen, die mit diesem Dokument übereinstimmen, sich uns anzuschließen, den einzigen prinzipienfesten Weg einzuschlagen, der Trotzisten offensteht, den Weg einer Fusion mit der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) und ihrer kanadischen Sektion, der Trotskyist League. Dies ist der einzige Weg im Kampf für den Trotzismus!“ Die RMT umfaßt die Mehrheit und die aktivsten Mitglieder der Ortsgruppe in Edmonton, Alberta, wo ihre unregelmäßig erscheinende Zeitung *Socialist Challenge* herausgegeben wurde.

Als wir uns im Mai 1989 zur Internationalen Kommunistischen Liga erklärten, beruhte dies auf dem Verständnis, daß mit der endgültigen Krise des Stalinismus unser Programm des leninistischen Internationalismus großen Erfolg dabei haben kann, subjektive Kommunisten auf der ganzen Welt für das Banner des Trotzismus zu gewinnen. Im Gegensatz dazu hat das Vereinigte Sekretariat, das das letzte Jahrzehnt damit verbracht hat, sich dem Antisowjetismus des Kalten Kriegs in die Arme zu werfen, keine Antworten für die Aktivisten, die gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen wollen. Es befindet sich in einem Zustand von Zerfall und Lähmung, gespalten in diejenigen, die offen die kapitalistische Konterrevolution unterstützen wollen, und die Mandelianer, die noch nicht genau wissen, wem sie heute hinterherlaufen sollen.

Und dies gilt nicht nur für das VS. Unser aktiver Kampf gegen die Konterrevolution, von Afghanistan bis zur DDR, spielte jüngst eine zentrale Rolle bei der Fusion der Grupo Espartaquista de México mit der Trotzkistischen Fraktion, die mit den Anhängern des verstorbenen Nahuel Moreno gebrochen haben, besonders über die Unterstützung der Moreno-Anhänger für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands (siehe *Spartakist* Nr. 75, 28. August). Die kanadische RMT wurde in ähnlicher Weise durch die Ereignisse in Osteuropa und in der Sowjetunion dazu gebracht, die IKL als die wirklichen Trotzisten anzusehen.

Als diese Genossen, darunter zwei Gründungsmitglieder von Socialist Challenge, von denen einer ZK-Mitglied war, sich dem VS in Kanada anschlossen, dachten sie, sie hätten

sich einer trotzkistischen Organisation angeschlossen. Deshalb waren sie ziemlich befremdet, als sie merkten, daß ihre Arbeit als Mitglieder von Socialist Challenge nicht einmal darin bestand, Menschen für Mandels Version des „Trotzkismus“ zu gewinnen, sondern einfach nur, die „besten Organisatoren“ anderer „Bewegungen“ zu sein. Statt eine unabhängige proletarische Führung aufzubauen, wie dies Trotzki im Übergangsprogramm gefordert hat, haben sie vielmehr dem jeweils letzten Schrei von Mandels „neuen breiten Massen-Avantgarden“ nachgejagt. Die Gründungserklärung der RMT stellte fest: „Unser ‚Übergangsprogramm‘ ist zu nicht mehr als einer Einkaufsliste der Bewegungen reduziert, genauso wie unsere politischen Interventionen darauf reduziert sind, in Koalitionen den Forderungskatalog nach Belieben auszuwechseln.“ Mit einem Wort, sie liefen fremden Klassenkräften hinterher.

Vor zehn Jahren marschierte das VS unter dem Banner „Solidarität mit Solidarność“ bei Demonstrationen mit, deren Bandbreite Sozialdemokraten bis hin zu offenen Faschisten umfaßte. Das Dokument der RMT stellt fest, daß das VS sich nicht nur weigert, seine Unterstützung für Solidarność zurückzunehmen, sondern daß sie „offensichtlich gewillt sind, diese Linie auf die angrenzenden Länder auszudehnen. Ohne auch nur die geringsten Vorbehalte wurde vom Vereinigten Sekretariat für den Weltkongreß 1991 ein ‚Manifest der Vierten Internationale‘ vorgelegt, in dem ‚die Erhebungen der Arbeiter und Völker in Osteuropa uneingeschränkt unterstützt werden.‘ (Zwei, drei, viele Siege für die kapitalistische Restauration!?)“

Das Dokument nennt „ein besonders widerliches Beispiel“ aus der Ausgabe des vom VS herausgegebenen *International Viewpoint* vom 18. September 1989, in dem ein Artikel veröffentlicht wurde, der die Nazi-Kollaborateure der estnischen „Waldbrüder“ verherrlicht. Und als es zur kapitalistischen Annexion der DDR kam, folgte ein ganzer Flügel des VS dem Kurs der Imperialisten:

„In einer schockierenden Demonstration von Opportunismus verteidigen die Minderheitsgruppen von Matti-Weinstein den kapitalistischen Anschluß als einen Akt der ‚Selbstbestimmung‘ des deutschen Proletariats. Das läuft auf offene Unterstützung des Imperialismus hinaus! Obwohl formal gegen den konterrevolutionären Ausverkauf auftretend, tat die Mehrheit des VS nichts, um gegen die Einverleibung zu kämpfen, sondern beschloß statt dessen, sich politisch in die ‚Vereinigte Linke‘ der DDR aufzulösen... Hinter der ‚Deutschland-einig-Vaterland‘-PDS hinterherlaufend, verschmolz die Politik der Vereinigten Linken mit dem verräterischen Kurs der deutschen SPD, die die Speerspitze der Konterrevolution darstellte, indem sie den ostdeutschen Arbeitern den Anschluß in einer Mogelpackung ‚mit menschlichem Antlitz‘ anpriesen.“

Die Genossen der RMT haben von Cannon gelernt, daß das Programm entscheidend ist. Wir haben keinen Zweifel daran, daß es im Vereinigten Sekretariat noch andere Genossen gibt, die die imperialistische Lüge vom „Tod des Kommunismus“ nicht schlucken, die nicht im Gepäckwagen der Konterrevolution mitfahren wollen, die die Maskerade des VS als „die Vierte Internationale“ durchschauen können. Ihnen sagen wir: schließt euch uns an bei der Aufgabe, eine Vierte Internationale zu schmieden, die Trotzki als seine eigene anerkannt hätte. ■

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

Grünauer Straße 5, 1. Stock, Berlin 1190
S-Bahnhof Schöneweide

Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT HALLE

Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: (Halle) 2 90 55

Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

SPARTAKIST-TREFFPUNKT TORGELOW

Bahnhofstraße 10, Torgelow 2110
Telefon: (Torgelow) 2663

Geöffnet: Dienstag und Donnerstag von 17.00 bis 20.00 Uhr

Halle...

Fortsetzung von Seite 1

Halle und Merseburg, sondern auch aus Leipzig, Hamburg, Frankfurt am Main und Berlin. Aus Westberlin kamen Vertreter der türkischen Antifa Gençlik, aus Eggesin Metaller. Eine PDS-Delegation kam aus Dessau. Junge Antifaschisten trugen ein Banner mit der Losung „Ignoranz und Schweigen bricht nicht der Nazi Treiben!“, die Spartakisten trugen Plakate mit Losungen gegen die Nazis auf deutsch, portugiesisch und russisch, mit „Hände weg von der PDS!“ und ihr Banner „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!“

Ein Sprecher der SpAD-Ortsgruppe Torgelow erklärte auf der Kundgebung: „Ich übersende Euch Grüße von den dortigen Arbeitern und von den sowjetischen Juden,

mit denen ich gestern gesprochen habe. Sie bekommen keine Perspektive in unserem Land, und ich glaube, man will sie nach den Wahlen wieder nach Hause schicken. Man hat sie jetzt gestoppt. Sie haben 320 Mark im Monat. Wie sollen sie damit leben? Sie wohnen im Ledigenwohnheim, sie bekommen keine Arbeit. Was soll aus ihnen werden? ... Gegen Nazis hilft nur Arbeitermassenmobilisierung! Gegen 150 Nazis helfen 5000 Arbeiter, und es wird kein Blutvergießen geben.“

Daß diese Kundgebung und Demonstration überhaupt zustande kam, lag nicht zuletzt an dem erheblichen Einsatz der Genossen unserer Partei gegen die Sabotageversuche vor allem von SPD und „Demokratie Jetzt“. Die Angriffe gegen die SpAD reichten von Ausschlußdrohungen über politische Zensur bis zur Warnung vor

Fortgesetzt auf Seite 10

Antwort auf MZ-Hetzartikel Auf Zensur folgt Gewalt gegen Andersdenkende

An die Redaktion
Mitteldeutsche Zeitung

Halle, 28. Oktober 1990

Ich ersuche um Abdruck nachfolgender Stellungnahme: In einem Artikel „Für Demo aber gegen Gewalt“ veröffentlichte die *Mitteldeutsche Zeitung* am 26. Oktober einen finsternen Aufruf zu politischer Zensur, weil diesen Herren eine Mobilisierung gegen die Faschisten ein Dorn im Auge ist. Auf Zensur folgt meistens Gewalt gegen Andersdenkende. Angegriffen wird die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, die in einem Flugblatt, das breit verteilt wird, zu der antifaschistischen Demonstration am 2. November in Halle mit der Überschrift aufruft: „Stoppt die Nazis durch Arbeitermassenmobilisierung!“

Ich kann die *Mitteldeutsche Zeitung* nur fragen: Von wem geht hier Gewalt aus? Das Reformhaus war in letzter Zeit zweimal Ziel von brutalen Nazi-Skinhead-Überfällen. Wir kämpfen für eine breite Einheitsfrontaktion gegen die Nazis, für Einheit der Aktion bei voller Freiheit der Propaganda. Zur Demonstration am kommenden Freitag haben u. a. auch PDS, VL, KPD, Schwulenverband Sachsen-Anhalt, Jusos, Friedenskreis Halle und der Bund der Antifaschisten aufgerufen. Die SpAD mobilisiert für diese Demonstration, ohne ihre eigene Politik zu verstecken.

Die *Mitteldeutsche Zeitung* zitiert jetzt eine Erklärung eines Herrn Wolfgang Kupke, Vorsitzender des Reformhaus e. V. (der sich übrigens nicht am Aufruf zu der Demo beteiligt hatte), in der „gegen die Vereinnahmung von Klassenkampfideologen, die aus der Geschichte nichts gelernt haben“, Stellung genommen wird. Aus der Geschichte vor 1933 zum Beispiel? Die Arbeiterklasse in Deutschland hatte und hat die Macht, die Nazis zu stoppen. Es war die Politik der Sozialdemokraten und der Stalinisten, die die Arbeiterklasse vom Widerstand gegen Hitler fernhielten und damit seine Machtergreifung ermöglichten.

Eingewanderte Arbeiter werden von Nazi-Skinheads überfallen, PDS-Veranstaltungen angegriffen und der PDS-Vorsitzende bedroht. Wir kämpfen für Arbeiterselbstverteidigungsgruppen gegen den Nazi-Terror, die ausgehend von den Betrieben, die Kraft der Arbeiterklasse mobili-

sieren und das Reformhaus, linke Veranstaltungen und die Arbeiterwohnheime verteidigen. Die Überlebenden der Nazi-KZs sind nicht durch „Gewaltlosigkeit“ befreit worden.

Als Anfang dieses Jahres 250 000 Antifaschisten in Treptow gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals protestierten, entfachten die bürgerlichen Medien eine beispiellose Hetzkampagne gegen den „Nazi-Trick der SED“. Treptow war eine wirkliche Einheitsfront: Von den Spartakisten initiiert und von der SED/PDS aufgegriffen konnten alle Organisationen mit ihrer eigenen Propaganda (auch „ohne Absprache“, also Zensur) dafür sorgen, sie zur größten antifaschistischen Demonstration in Deutschland zu machen. Die SPD war schon damals die Speerspitze der antikommunistischen Hexenjagd. Und so auch in Halle: bei der Vorbereitungssitzung für die Demonstration versuchten SPD und Demokratie Jetzt – allerdings erfolglos –, die antifaschistische Mobilisierung zu sabotieren. Und im Medienwald tut sich die *Mitteldeutsche Zeitung* in diesen Tagen ganz besonders dabei hervor, Schnüffelarbeit für die Hexenjagd des Staates gegen die PDS und deren Finanzverantwortliche Pohl und Langnitschke zu leisten.

Ja, allerdings setzt die Spartakist-Arbeiterpartei auf Klassenkampf. Wir kämpfen und kandidieren bei den Bundestagswahlen „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich“. Die SpAD mobilisiert für eine breite und machtvolle proletarische Einheitsfront am 2. November, um die Faschisten zu stoppen!

Reinhard Hartwig,
Bundestagskandidat der
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Mitteldeutsche Zeitung

Für Demo aber gegen Gewalt

Halle. Für den 2. November war von verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen unserer Stadt eine gemeinsame Demonstration gegen Rechtsradikalismus und Faschismus geplant. Ohne Absprache hat dazu eine Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ein Flugblatt in Halle verbreitet, in dem in militanter Sprache für die Ziele der Spartakisten geworben und dazu aufgerufen wird, das Reformhaus durch Arbeiterkampfgruppen und entlassene NVA-Soldaten gegen Überfälle zu schützen.

Die im Reformhaus Halle tätigen

Hetzartikel vom 26. Oktober greift Spartakisten und antifaschistische Demo an

Halle...

Fortsetzung von Seite 9

angeblicher „Gewalt“. Jüngstes Beispiel ist der MZ-Hetzartikel „Für Demo aber gegen Gewalt“ (siehe Seite 9).

So kam zu Beginn der Demonstration der selbsternannte „Staatsanwalt“ Mathias Schipke von den Jusos und warnte uns vor Gewalt. Er entpuppte sich auch als größter antikommunistischer Hetzer, der gegen „rechte und linke Gewalt“ auftrat. Sein „Rezept“: reden (mit den Faschisten), statt diese Mörderbanden von den Straßen zu fegen, bevor sie ihr blutiges Gewerbe ausüben können. Merkwürdig, wie sich SPD und Jusos über „Gewalt gegen Faschisten“ aufregen können, während sie Polizei-Überfälle auf die PDS-Zentrale organisieren.

Während die SpAD für Arbeiteraktionen zur Verteidigung des „Reformhauses“ aufrief und die Hexenjagd brandmarkte, die immer mehr gegen die PDS beschleunigt wird, lief die versammelte Linke einträchtig hinter der SPD-Hexenjagd her. Mehrere PDSler umringten einen Genossen unserer Partei, der unser Plakat „Sofortige Freilassung von Pohl, Langnitschke“ trug, und forderten ihn auf, es zu entfernen. Er weigerte sich natürlich, und erst als unser Genosse sie fragte: „Man will euch auflösen, wie lange wollt ihr noch warten, bevor ihr euch wehrt?“, ließen sie von ihm ab.

Die Autonomen, die Opfer faschistischer Überfälle sind, teilen selbst viele antikommunistische Vorurteile. Ihre verzweifelten Antworten sind Straßenschlachten mit Nazi-Skinheads, die meist in hoffnungslosen Auseinandersetzungen mit der Polizei enden. So zogen auch nach Auflösung der Demo zweihundert Jugendliche nach Halle-Neustadt, wo die Polizei sie auseinanderjagte. Tags darauf hetzte die bürgerliche Presse gegen „Randale“. Die Faschisten können nicht durch Straßenschlachten kleiner Gruppen gestoppt werden, sondern nur durch die Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse!

Tiefend vor „Demokratie“ – wen wundert's? – argumentierte die Bundestagsabgeordnete Roswitha Stolfa von der PDS. Wenngleich sie bewegend sprach über die brutalen, rassistischen Angriffe auf Polen und leidenschaftlich gegen Polenhaß und Antisemitismus eintrat, ist ihre Antwort doch, mit den mörderischen Skinheads zu diskutieren: „Reden Sie vor allem mit den jungen Leuten. Und hier muß ich den jungen Genossen der Spartakisten widersprechen. Wir müssen mit ihnen reden, mit jungen Leuten, die zu extremistischen Denk- und Verhaltensweisen neigen.“ Aber es geht nicht um Rechts- oder Linksextremismus. Was hat sie den mosambikanischen Arbeitern zu sagen, deren Wohnheime von Skinhead-Schlägertrupps überfallen werden? Will sie etwa dem älteren jüdischen Ehepaar, das vor geschändeten Gräbern steht, raten, daß sie sich mit Nazis unterhalten?

Was all diesen „Aufklärern“ und „Liberalen“ gemeinsam ist, ist die Furcht vor wirklicher Mobilisierung der Arbeiterklasse, die sich nicht nur ihrer eigenen Interessen bewußt wird, sondern anfängt, sich zu verteidigen! Stoppt die Nazis durch Arbeiteraktion! Nachfolgend drucken wir auszugsweise die Rede von Reinhard Hartwig, Bundestagskandidat der SpAD in Sachsen-Anhalt:

Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Begründung des Vierten Reichs kriechen die Neofaschisten aus ihren Löchern, was die faschistischen Überfälle in der letzten Zeit beweisen. Die faschistischen Überfälle und Aufmärsche, ob in Frankfurt/Oder, Berlin, Erfurt, Dresden, Leipzig und Halle, sind aber nicht allein Ausdruck der faschistischen Gefahr. Diese Aktionen reihen sich nahtlos in die Ereignisse der letzten Tage ein.

So greifen die Nazikriegsverbrecher der IG Farben, die mit dazu beigetragen haben, daß Millionen von Juden, Arbeitern und Antifaschisten in den faschistischen KZs ermordet wurden, nach den Betrieben von Leuna, Buna, Wolfen und Bitterfeld, nach den Wohnungen, Häusern und Grundstücken der Arbeiter, in denen sie seit Jahrzehnten wohnen und leben.

Ich bin stolz darauf, den Weg in die Partei gefunden zu haben, die als einzige Partei entschieden gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft hat. 250 000 Werktätige kamen in der von der SpAD initiierten und von der SED/PDS aufgegriffenen antifaschistischen Demo am 3. Januar nach Berlin-Treptow. Diese antifaschistische Demo war eine wirkliche Einheitsfront, wo jede Organisation das Recht hatte, frei ihre Meinung zu äußern, vereint in der Aktion zu Ehren der Roten Armee und im Protest gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals. Denn die Rote Armee war es, die uns von den Faschisten befreit hatte. Schon in Treptow traten wir dafür ein, Arbeiterselbstverteidigungsgruppen zu bilden, denn Arbeiter müssen das Recht haben, sich selbst gegen Faschisten organisiert zu verteidigen.

Bereits bei dieser Demo warnten wir vor der SPD als Trojanischem Pferd der Konterrevolution. Die heutige Demonstration zeigt, daß wir die Wahrheit sagten, denn die SPD, abgesehen von den Jusos, hat sich geweigert, ihre Unterschrift unter den Aufruf zur heutigen Kundgebung zu geben. Denn für diese Leute sind Kommunisten und Faschisten das gleiche. Diese Leute sind es, die aus der Geschichte nichts gelernt haben. Lieber als gegen Faschisten zu kämpfen, machen sie eine antikommunistische Hexenjagd gegen die PDS.

Genossen und Antifaschisten! Erinnert euch an die Traditionen eurer Väter und Großväter, die als erste in den 20er Jahren den Kampf gegen die Faschisten aufgenommen haben und die die ersten Opfer der Faschisten waren. Um die Faschisten und die antikommunistische Hexenjagd zu stoppen, gibt es nur eine Kraft, die organisierte Kraft der Arbeiter. Die deutsche Arbeiterklasse ist eine internationale Arbeiterklasse. Das beweisen unsere Kollegen, Arbeiter aus Moçambique, Vietnam, Polen und anderen Ländern. Die Spaltung der Arbeiterklasse muß endlich überwunden werden. Wir brauchen die Mobilisierung von Arbeitern und Immigranten, um die Faschisten zu stoppen.

Wir fordern: *Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter und ihre Familien! Keine Abschiebungen! Weg mit dem Einwanderungsstopp gegen Juden! Keine Abschiebung von Roma und Cinti! Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime! Für Arbeitereinheitsfrontaktionen, um unsere sowjetischen Armeegenossen und ihre Familien gegen neofaschistische Überfälle zu verteidigen und sie zu ehren!*

Genossen und Antifaschisten! Die heutige Demo ist der Beweis dafür, daß die Arbeiter entschlossen sind, gegen die Faschisten und jegliches faschistisches Machtbestreben zu kämpfen. Den Faschismus endgültig zu besiegen heißt, dessen Wurzeln auszurotten, das heißt den Imperialismus zu stürzen und die proletarische Revolution durchzuführen.

Dazu brauchen wir eine Partei im Geiste Lenins, Liebknechts und Trotzki's, eine internationalistische Partei. Dafür kämpft die SpAD, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Jeder hier auf diesem Platz will endlich auch Siege erringen können. Siege erringen wir nur, wenn wir uns organisieren, um gegen die faschistische Brut vorzugehen und den Imperialismus zu beseitigen. Alle, die hier sind, sollen sich uns in diesem Kampf anschließen und für das Ziel der proletarischen Weltrevolution eintreten! ■

BSA im Lager der SPD-Bluthunde

Jetzt hat ein Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), der sich betrügerisch als trotzkistisch ausgibt, seine Kandidatur zu den Bundestagswahlen angekündigt. Dieser Bund befindet sich fest im Schlepptau der Sozialdemokratie. Die SPD war das Trojanische Pferd der kapitalistischen Wiedervereinigung, und die Betrüger des BSA sind der Schwanz vom Pferd. Genau als die Sozialdemokraten die Konterrevolution anführten, versuchten diese Banditen, den Namen des Trotzkismus zu beschmutzen, indem sie im Mai dazu aufriefen, SPD zu wählen.

Wir reden hier nicht über abstrakte Dinge: Der Kopf der Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, ist Duz-Freund von Helmut Schmidt, dem ehemaligen NATO-Kanzler der SPD. Karsten Rohwedder, der Führer der Treuhandanstalt, gehört zur SPD. Auch der neue Chef des BND kommt aus der Sozialdemokratie. Die SPD macht Wahlwerbung mit dem Boß der größten Rüstungsschmiede, Edzard Reuter, Vorstandsmitglied von Daimler-Benz. Und die Ernennung des SPD-Bundestagsabgeordneten und IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe in die Treuhandanstalt macht die Mischpoche komplett. Die SPD war die Hauptkraft, um die PDS aus dem Parlament mittels undemokratischer Wahlgesetze auszuschließen. Und vergessen wir nicht SPD-Innensenator Pätzold, der den Nacht- und Nebelüberfall auf die Berliner PDS-Zentrale befahl. Es sind Sozialdemokraten, die die Manager der ökonomischen Restauration des Kapitalismus und die Anführer der Hexenjagd sind.

Die Politik des BSA ist ein frontaler Angriff auf jedes Prinzip, für das Trotzki stand. Für wirkliche Trotzkisten ist die proletarische politische Revolution gegen die stalinistischen Bürokraten eine dringende Notwendigkeit, um die Errungenschaften des Oktober zu retten. Trotzki verteidigte in seinem letzten politischen Kampf die Sowjetunion gegen den Imperialismus und kämpfte 1939/40 nach den blutigen Moskauer Prozessen gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman/Burnham.

Als der BSA in der ehemaligen DDR zur Wahl der SPD aufrief, stank das so zum Himmel, daß selbst ihr lächerlicher Führer David North sie aufforderte, Selbstkritik zu üben. Aber nur um zu sagen, daß es in Ordnung gewesen wäre, die SPD zu unterstützen (wie sie es im Westen tun), wenn die Ost-SPD mehr Arbeiterstimmen bekommen hätte. Was für Prinzipien!

Aber ihre „Selbstkritik“ beweist nur Stalins Devise: Papier ist geduldig. Was sie auch immer an „selbstkritischen“ Phrasen dreschen, dieser konterrevolutionäre Dreck stimmt immer für die Bluthunde der kapitalistischen Konterrevolution. Das ist ihre Geschichte, genau wie ihre amerikanischen Zwillingbrüder dafür berüchtigt sind, daß sie einen „Streik“ der Bullen unterstützten. Die internationale Söldner-Organisation, zu der der BSA gehört, begrüßte die Hinrichtung von 21 Mitgliedern der irakischen Kommunistischen Partei, während sie gleichzeitig Geld vom baathistischen Regime entgegennahm.

Ihr Programm für die Reichstagswahlen beweist erneut die Geduldigkeit von Papier. Denn all ihr angeblich „linkes“ Geschwafel ist Betrug. Sie sagen nichts über Bundeswehr/NATO, nichts über die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd, nichts zur Verteidigung der Roma und Cinti (geschweige denn von Mosambikanern, Vietnamesen usw.), kein Wort gegen Nazi-Terror und Skinheads. Antipolnischer Revanchismus und Antisemitismus existieren für diese Typen nicht.

Logischerweise sagen sie nichts über Nazis, denn als

im Januar 250 000 Menschen zur antifaschistischen Einheitsfront nach Treptow kamen, die von den Spartakisten initiiert und von der SED/PDS aufgegriffen worden war, wiederholte dieser Bund Sozialdemokratischer Anhänger (wie sie sich wirklich nennen sollten) die Große Lüge von Bild und SPD über den „Nazi-Trick“. Ihr Schmutzblatt *Neue Arbeiterpresse* (19. Januar) geiferte: „Heute dient die Kampagne ‚gegen die faschistische Gefahr in der DDR‘ dazu, den stalinistischen Staatsapparat, Armee, Geheimdienst, Justiz usw. zu retten und wieder zu stabilisieren.“ Mit seinem „Kampf gegen Stalinismus“ steht der BSA fest im Lager der sozialdemokratischen Hexenjäger und hat international alle antisowjetischen Kräfte unterstützt, von Afghanistan bis zur Solidarność, deren Rechnungen von CIA und SPD bezahlt wurden.

Der BSA hat sein Wahlblättchen mit seichem Geschwätz gegen ein „Billiglohnland DDR“ aufgefüllt. Oh ja, sie erwähnen Kindergärten, sagen aber kein Wort zum Recht der Frauen auf Abtreibung und zu den Unterdrückungsparagraphen 218/219. Schon gar nicht fordern sie deren ersatzlose Streichung. Weil sie blind und ignorant sind gegenüber allen Formen besonderer Unterdrückung, rassischer wie sexueller.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) sind die wirklichen Trotzkisten, die für den Kommunismus stehen, für den Lenin und der Führer der Roten Armee, Leo Trotzki, gekämpft haben. Die Spartakisten kämpfen für die Verteidigung eingewandelter Arbeiter und für volle Staatsbürgerrechte, gegen Abschiebungen, für die Rechte der Frauen und ihre Verteidigung gegen Entlassungen. Die SpAD ist dafür bekannt, daß sie bedingungslos für die Verteidigung der DDR gegen den Imperialismus stand und entschieden gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfte. Jetzt kämpfen wir für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich. Wir kämpften gegen die stalinistische Bürokratie, weil sie die Errungenschaften der Arbeiterstaaten untergräbt. Dagegen mißbrauchen die betrügerischen Faschingsclowns des BSA Trotzki Namen, um sich dem sozialdemokratischen konterrevolutionären Chor bei der Hexenjagd gegen die Roten und all dem Rest anzuschließen. Wenn du Trotzkismus willst, wähle SpAD. Und noch wichtiger: Schließe dich uns an und arbeite mit in unserer Klassenkampf-Wahlkampagne. ■

Nr. 14
Winter 1989/90

Spartacist ist das Journal der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

Postfach 2002
Berlin 1026
Sparkasse der Stadt
Berlin, Konto-Nr.
6652-44-314496

DM 2,-



Steinkühler: Lohnverzicht und Hexenjagd

Auf dem außerordentlichen Kongreß der IG Metall hat Franz Steinkühler nach viel „antikapitalistischer“ Rhetorik die Katze aus dem Sack gelassen: Die westdeutschen Arbeiter sollten einen „Solidarbeitrag“ leisten, um eine „beschleunigte Einkommensangleichung“ der Kollegen im Osten zu erreichen. Damit ist er auf einer Linie mit dem SPD-Vorsitzenden Lafontaine, der den Raubzug des deutschen Kapitals mit Steuererhöhungen finanzieren will. Aber auch die neuen Bürokraten der ehemaligen DDR biedern sich bereitwillig an. Der Bezirksleiter der IG Metall von Sachsen-Anhalt erklärte, daß er „in der Tarifrunde schon [sic!] 1991 ein Lohnniveau von etwa 65 Prozent der westlichen Bundesländer erreichen“ will. Noch vor einigen Jahren lieferten sich Steinkühler und Lafontaine Wortgefechte über Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich. Doch ihre Differenzen waren immer aufgebauscht: Steinkühler verriet den großen Metall-Streik von 1984. Es gibt immer noch keine 35-Stunden-Woche und Millionen Arbeitslose.

Verhindert die Massentlassungen! Besetzt die Betriebe! Für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Für die gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit und ein Programm öffentlicher Arbeiten!

Damit es keinen Widerstand gegen die Verelendung von Millionen ehemaliger DDR-Bürger gibt, betreibt die SPD die Hexenjagd gegen alles, was ihr kommunistisch scheint. Selbst die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften von 1972 sind nicht genug: Der Gewerkschaftstag der IG Metall beschloß, daß die Aufnahme von neuen Mitgliedern aus dem Osten bis 1991 rückgängig gemacht werden kann. „Dies gilt als sogenannter Stasi-Paragraph ... Die IG Metall will sich damit offenbar vor unerwünschten Mitgliedern schützen“, schreibt der *Tagesspiegel* vom 3. November.

Stoppt die sozialdemokratische Hexenjagd in den Gewerkschaften! Gleiche Rechte für alle Mitglieder! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Linke! Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung! ■

MLPD sucht Schutz beim Staat gegen Gewerkschaftsausschluß

Am 16. Oktober bestätigte der Bundesgerichtshof den Ausschluß von Stefan Engel, Vorsitzender der maoistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD), aus der IG Metall, und damit die antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften. Die Spartakist-Arbeiterpartei verteidigt Stefan Engel und alle anderen Mitglieder linker Organisationen gegen die antikommunistischen Gewerkschaftsausschlüsse und fordert: Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Die Klage von Engel gegen die IG Metall ist jedoch dumm und gefährlich. Die superstalinistische reformistische MLPD ist vor bürgerliche Gerichte gegangen, die natürlich die Hexenjagd der Gewerkschaftsbürokraten abgesegnet haben, die in ihrem ureigenen Interesse liegt. Noch dazu ist der Gang zum Gericht in Deutschland bei der Kontinuität der Richter mit dem Dritten Reich ganz besonders absurd.

Die bürgerliche Justiz hat in den Angelegenheiten der Arbeiterorganisationen nichts zu suchen. Wirkliche Revolutionäre kämpfen *innerhalb* der Gewerkschaften gegen die bürokratische Unterdrückung von Oppositionellen im Dienste der Klassenkollaboration. Die Gewerkschaften müssen für die Arbeiterdemokratie zurückgewonnen werden, und wir müssen das Recht für alle Tendenzen in der Arbeiterbewegung erkämpfen, sich politisch auszudrücken.

Das ist aber etwas grundsätzlich anderes als die bürgerlichen Gerichte in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung hineinzuziehen. Die MLPD, eines der letz-

ten Überbleibsel der rabiat antisowjetischen maoistischen Parteien, die Anfang der 70er Jahre kurz aufblühten, um dann mit ihrer „Vaterlandsverteidigung“ hauptsächlich in den Grünen zu versacken, ist aber nicht imstande, diese elementare Klassenlinie zu sehen. Und zwar weder im Kleinen noch im Großen. Genausowenig wie sie den Klassenunterschied zwischen den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten und imperialistischen Staaten sehen und sich daher weigern, die Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus zu verteidigen. Diese Anhänger der „deutschen Interessen“ haben keine Skrupel dabei, zu den Richtern des Vierten Reichs zu rennen, denn proletarische Klassenunabhängigkeit ist ihnen fremd.

Jetzt mobilisiert Stefan Engel die Mitglieder der MLPD, um Zehntausende von DM zu sammeln, damit der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht weitergeführt werden kann. Aber die sozialdemokratische DGB-Bürokratie ist gerade voll damit beschäftigt, die von ihr geleitete Zerstörung des FDGB zu verdauen: Aus Angst vor Gewerkschaftern, die für ihre Klasseninteressen kämpfen, führt die IG Metall sogar eine einjährige Mitgliedschaft auf Probe für die neuen Mitglieder aus dem Osten ein.

Wie die Berliner Bundestagskandidatin der Spartakisten Jana Strauchfuß erklärte: „Wir brauchen eine Partei, die beim schmutzigen Spiel der Bürokraten nicht mitmacht. Nur durch Klassenkampf werden wir die antikommunistische Hexenjagd beseitigen.“ Für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung! ■

Kanadische KP...

Fortsetzung von Seite 7

gegen den Irak anschließt. In einem Wort: Ich verlasse die KPK, weil ich ein Kommunist bin.

Ich trete aus, um mich dem historischen Kampf anzuschließen, die so dringend benötigte kommunistische Internationale aufzubauen. Heute bedeutet dies, dafür zu kämpfen, die Vierte Internationale, die 1938 von Leo Trotzki in der Kontinuität der Dritten, der Kommunistischen Internationale von 1919, gegründet wurde, wieder-

zuschmieden. Die einzige Organisation, die hierfür kämpft, ist die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), deren kanadische Sektion die Trotskyist League ist.

Ich fordere alle Mitglieder der KPK auf, die sich weigern, Handlanger der kapitalistischen Klasse zu sein, all jene, die sich als Leninisten sehen, sich mir in diesem historischen Kampf anzuschließen.

Tretet in die Internationale Kommunistische Liga ein!

Yossi Schwartz, Toronto, 7. Oktober 1990

Januar 1932:
Hitlers SA
marschiert auf das
Karl-Liebknecht-Haus
in Berlin



PDS...

Fortsetzung von Seite 16

bezeichnet. So wie wir wiederholt „Hände weg von der PDS!“ gefordert haben, auf Plakaten und bei Protestdemonstrationen, verteidigen wir die PDS vorbehaltlos gegen den Klassenfeind, der jeden Rest der DDR auszulöschen versucht, und auch gegen eine Führung der PDS, die schändlicherweise mitmacht bei dieser Hexenjagd.

Mit unserem Flugblatt gingen wir zur Vorstandsberatung und zur Wahlkündigung der PDS. Dort herrschte Krisenstimmung, Erschütterung, endlose Entschuldigungen. Als Antwort auf das demonstrative Rücktrittsangebot des Parteivorsitzenden ein Transparent: „Gysi, wir brauchen Dich, laß uns nicht im Stich“. Das Vertrauen zu Gysi wird einstimmig vom Vorstand bestätigt, dieser nimmt seinen Rücktritt zurück, angeblich, um der Linken nicht zu schaden. Wieso? In einem Interview (29. Oktober) meinen die „alternativen“ Hexenjäger von der taz, daß Gysi der Linken „einen Bärendienst“ erweise, indem er der PDS weiterhin „als Integrator, Seelsorger und Aushängeschild“ vorsteht. Gysi nimmt die „Huldigung“ an und bittet um Verständnis für seine Rolle, mit der er die Bourgeoisie vor noch Schlimmerem bewahrt. Wenn es zur Neugründung einer linken Partei käme, meint er:

„Ich garantiere Ihnen, daß diejenigen, die dann aktiv daran mitarbeiten, alle aus dem extremistischen Bereich kommen — organisationsverliebte Spartakisten, Troztkisten usw., die anderen warten ab. Dann wird daraus nicht mehr das, was Sie wollen. Unsere Mitglieder sind friedfertig und bereit, sich demokratisch einzuordnen. Dieses Potential dürfen Sie nicht aufgeben. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, daß eine demokratische Oppositions-Partei entsteht, die nicht in linkes Revoluzzertum verfällt oder meint, mit RAF-Aktionen die Welt verändern zu müssen.“

Also, lieber die „demokratische“ PDS als die Spartakisten und Troztkisten, die mit ihrem „linken Revoluzzertum“ vor der Tür stehen. Und in der Tat stand die SpAD draußen mit ihrem Appell für die Freilassung von Pohl und Langnitschke, was bei der PDS-Mitgliedschaft eine Menge Gehör fand. Jenes Gysi-Wort erinnert uns an ein anderes Zitat, von Karl Kautsky, aus einem Brief an Victor Adler vom August 1916. Der erfahrene Zentrist erläutert darin die Gründe, die einige Monate spä-

ter zur Entstehung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führen werden:

„Die Frage ist nicht mehr die, ob die Opposition, sondern welche Art der Opposition siegen wird, jene, die die Partei sprengen, oder jene, die innerhalb der Partei zur Mehrheit werden will. Die Gefahr, die von der Spartacusgruppe droht, ist eine große. Ihr Radikalismus entspricht den augenblicklichen Bedürfnissen der breiten ungeschulten Massen... Die Arbeitsgemeinschaft ist gegenüber diesen beiden Extremen [Spartacus einerseits, Parteivorstand andererseits] das Band, das die Partei tatsächlich noch zusammenhält. Hätte sie sich nicht gebildet, wäre Berlin von den Spartaculeuten erobert und stünde außerhalb der Partei.“

Die erzreformistische PDS ist sicherlich politisch weit entfernt von der zentristischen USPD von damals. Aber Gysi sieht offensichtlich seine Rolle ähnlich wie Kautsky, der versuchte, einen „sozialistischen“ Schutzwall gegen die befürchtete revolutionäre Welle aufzubauen. In den Entscheidungstagen von 1918/19, als die Mehrheitssozialisten unter Ebert, Scheidemann und Noske direkt mit dem General Groener und dessen Freikorps die blutige Niederschlagung der Spartakisten vorbereiteten, bekämpften innerhalb der Arbeiterräte die Kautskyschen „Unabhängigen“ heftig die Forderungen nach einer revolutionären Räteregierung. Damit bahnten auch sie den Weg zu den verzweifelten Januarkämpfen, die als „Spartakusaufstand“ in die Geschichte eingegangen sind. Dies war Kautskys „Bärendienst“ zugunsten der deutschen Bourgeoisie.

Zwei Jahre später jedoch trat die Mehrheit der USPD zur Kommunistischen Partei über, gerade weil sie nicht gewillt war, weiterhin dieser verräterischen Politik zu folgen. Wie wird es morgen mit der PDS-Basis aussehen, bei einer Führung, die Schritt für Schritt alles aufgibt und sogar die eigenen Mitglieder an die bürgerliche Klassenjustiz ausliefert, wenn diese versuchen, ihre Partei zu verteidigen? Der Dauerangriff auf die PDS kann schließlich nicht mit Beschwichtigungen beseitigt werden. Was auch immer Gysi tut, es wird ihm unmöglich sein, die Bourgeoisie von seiner Zuverlässigkeit zu überzeugen. Für sie, und besonders für die Sozialdemokratie, muß alles weg, was auch nur den geringsten Hauch von Kommunismus an sich hat. Während Gysi seinen Zukunftstraum über „unsterbliche“, „sozialistische Ideale“

Fortgesetzt auf Seite 14

PDS...

Fortsetzung von Seite 13

träumt, heißt die Wirklichkeit: Berufsverbot, Verhaftung, Parteienteignung. Und für eine Hexenjagd braucht man Hexen, auch wenn sie erfunden werden müssen.

Als Gregor Gysi im Dezember letzten Jahres zum Vorsitzenden der SED gewählt wurde, reichte man ihm einen symbolischen Besen. Der „Saubermann“ sollte ein Zaubermann sein, der die Partei rettet. Als Anwalt verschiedener Dissidenten, von Robert Havemann bis Bärbel Bohley, konnte man ihm kaum die Verantwortung für 40 Jahre bürokratische Bevormundung, Willkür und Mißwirtschaft in die Schuhe schieben. Daraufhin gab Gysi der ehemaligen stalinistischen Staatspartei einen unverfänglichen neuen Namen und stellte sie auf sozialdemokratischen Kurs ein. Die „erneuerte“ PDS lieferte den Beweis ihrer „demokratischen“ Gesinnung, indem sie keinerlei Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands leistete. Mehr noch, sie wollten die besseren Wiedervereiniger sein, die die Konterrevolution schrittweise und ohne gewaltige soziale Zusammenstöße zu verwalten wissen. Aber umsonst. Die Bourgeoisie wollte die angebotene Volksfront nicht.

Gysis großer „Verdienst“ war es, dafür zu sorgen, daß sich aus den Reihen der Bürokratie kein Widerstand entwickelte. Jetzt, da die Einverleibung der DDR von der Phase der „Verlockung“ zur regelrechten Zerstö-

rung übergeht, wo Millionen von Arbeitern auf die Straße fliegen, wollen die kapitalistischen Machthaber alle möglichen Widerstandsherde vernichten. Jetzt geht die Schmutzkampagne wirklich los, wobei Antikommunismus und Antisemitismus mit Ausländerhaß gekoppelt sind. Es geht um Kampf oder Kapitulation. Für diejenigen, die Kommunisten sein wollen, *trots alledem*, bietet die aktive Teilnahme am Klassenkampf-Wahlkampf der Spartakist-Arbeiterpartei den Ausweg aus dieser Sackgasse der Verzweiflung und Aussichtslosigkeit.

Am 2. Dezember bei der Reichstagswahl für die PDS zu stimmen heißt: Danke, Gregor und Hans, für das „einzig Vaterland“! Die DDR ist nicht zugrundegegangen, weil es zuviel Kommunismus gab, sondern zuwenig. Die Antwort ist nicht die Flucht in eine kapitalistische Marktwirtschaft, die trotz des zynischen Anhängsels „sozial“ nur Elend und Unterdrückung mit sich bringt und Krieg dazu. Der Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ war eine stalinistische Lüge, um so mehr in einem halben Land. Um eine wirklich gerechte Gesellschaft mit Wohlstand für alle Werktätigen aufzubauen, ist eine *internationale Planwirtschaft* notwendig, die nicht den brutalen Gesetzen des Marktes gehorcht, sondern der proletarischen Demokratie der Arbeiterräte untersteht. Nicht die bankrotte PDS „erneuern“, sondern eine wirklich kommunistische Partei schmieden!

Zurück in die Zukunft auf dem Weg von Lenin und Trotzki! *Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!*

Aktiv für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen

Eine Reihe von kritischen Mitgliedern der PDS lehnt die offen reformistische Politik ihrer Partei immer mehr ab. Wieder hat ein Kommunist in der PDS die Schlußfolgerung gezogen, sich der Spartakist-Arbeiterpartei anzuschließen. Nachfolgend drucken wir Auszüge seiner Erklärung ab.

Seit Anfang des Jahres bin ich Mitglied der PDS, und diese Zeit war für mich ausgefüllt von Widersprüchen. Da ich zuvor SED-Kandidat war, wußte ich, daß es unter den 2,3 Millionen Mitgliedern auch eine beträchtliche Zahl ehrlicher Kommunisten gab, und es war für mich unfaßbar, zu welcher Partei sich die PDS formierte.

Anstelle „Anwalt aller Schwachen“ zu sein und im Parlament „Für die Schwachen eine starke Opposition“ zu stellen, hatte die Gysi-Clique nichts Besseres zu tun, als mit Modrows „Einig Deutschland Vaterland“ den Ausverkauf und somit die Annexion der DDR an die BRD zu organisieren, womit sie die Kommunisten der eigenen Partei, ja – das Volk der DDR gar verriet und so an die großarrogante Kohl-Clique übergab. Und in gerade dieser Verräterrolle Gysis & Co offenbart sich die Politik der Partei, die im übrigen nicht unbedingt von der gesamten Basis getragen wird.

Genosse Gysi – wie denkst du über Antikommunismus? Lenin schrieb sinngemäß, daß man die Sozialdemokratie in eine Situation bringen muß, in der sie gezwungen wird, ihren wahren Charakter zu offenbaren, um sie dann schonungslos zu kritisieren und die eigene Politik als einzig mögliche Alternative gegenüberstellen. Doch was hat Gysi in Italien gesagt? Anstelle als „Demokrat“ die Kommunisten in der eigenen Partei wenigstens zu tolerieren, erklärte

er, gegen jeden Front zu machen, der gegen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie auftritt. Das ist ein Angriff gegen Lenin – das ist Antikommunismus.

Ich glaube, Aufarbeitung der Geschichte fängt zuerst immer bei jedem selbst an. Ist man dazu nicht bereit, bleibt man bis in alle Ewigkeit, was man war, mit allen Fehlern. Trotzki hat mich zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin zurückgebracht, zum Internationalismus-Verständnis Rosa Luxemburgs.

Ich bin Kommunist und fühle mich eng meinen Idealen verpflichtet, und meine Pflicht sehe ich darin, als Mitglied einer revolutionären, kommunistischen Avantgardepartei meinen Teil dazu beizutragen, um die Arbeiterklasse zu formieren und eine Welt des Friedens und der Harmonie zu schaffen, eine Welt der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, in der es keine Ausbeutung mehr gibt.

Den ersten, entscheidenden Schritt dazu tu ich mit dieser Erklärung, durch die ich meinen Austritt aus der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) bekanntgebe, und dem Antrag, Mitglied der „Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands“ (SpAD) zu werden, der deutschen Sektion der „Internationalen Kommunistischen Liga“ (Vierte Internationalisten). Denn nur in dieser Partei kann ich als Kommunist aktiv für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten kämpfen, für einen wahren Weltsozialismus, für unser aller Endziel, dem Kommunismus von Marx, Engels und Lenin.

Berlin, 9. September 1990

A.R.

Zuerst verschenkten sie die DDR, jetzt geben Gysi/Modrow die PDS preis – das ist Klassenverrat! Sofortige Freilassung von Pohl, Langnitschke!

Jetzt hat die PDS-Führung ihre Knierrutscher-Kapitulation vor der antikommunistischen Hexenjagd auf die Spitze getrieben und sich den Bluthunden der SPD gegen ihre eigene Partei angeschlossen, indem sie die Köpfe des Schatzmeisters und des Leiters der PDS-Finanzabteilung der Verfolgung preisgaben. Die willige Übergabe

Kämpft gegen die antikommunistische Hexenjagd, jetzt!

der DDR an den Imperialismus war bereits ein Verbrechen historischen Ausmaßes, dessen Modrow, Gysi und Co. schuldig sind. Ihre Denunziation von zwei PDS-Mitgliedern, die ins Gefängnis geworfen wurden, ist ein weiterer Klassenverrat.

Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke wurden eingesperrt, weil sie ihre Partei und deren Vermögen, für das sie verantwortlich waren, verteidigen wollten. Und weil sie dachten, daß es am besten wäre, einen Teil des Geldes in der Sowjetunion aufzubewahren, um es den Häschern der Deutschen Bank zu entreißen.

Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei ohne Wenn und Aber „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Wir warnten vor den verheerenden Auswirkungen für die Werktätigen, vor Massenarbeitslosigkeit, der Abschiebung von Immigranten, faschistischem Terror und großdeutschem Imperialismus. Auf der antifaschistischen Kundgebung in Treptow warnten wir vor

der SPD als Trojanischem Pferd der Konterrevolution.

Die SPD veranstaltet jetzt im Dienste der Imperialisten eine antikommunistische Hexenjagd, die sich in erster Linie gegen Mitglieder der SED/PDS und Angehörige des ehemaligen DDR-Staatsapparats richtet und jeden Widerstand gegen die kapitalistische Restauration und ihre Konsequenzen abwürgen soll. Die SpAD erklärte in ihrem Offenen Brief vom 12. Juli, daß wir uns weigern, dem empörenden Parteiengesetz Folge zu leisten, das vor allem auf die Enteignung und Kriminalisierung der PDS abzielt, und wir riefen die Arbeiterbewegung und Linke dazu auf, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Der PDS-Vorstand hat also nun seine vielbeschworene „Einheit“ mit der SPD/AL erlangt – bei der Hexenjagd gegen seine eigene Partei! Nach dem bewaffneten Überfall des SPD-Senats auf die PDS-Zentrale fand Freitag Nacht eine weitere Polizei-Durchsuchung statt – diesmal unter Gysis Anleitung. Nach dem Vorbild Gorbatschows erfolgt damit „Einheit“ mit den Imperialisten – beim Anschluß der DDR wie bei seiner Beteiligung an der imperialistischen US-Kriegsmobilisierung am Persischen Golf. Aber mit der Auslieferung der Köpfe von PDS-Mitgliedern, die ihre Partei verteidigen wollten, wird Gysi seinen eigenen Kopf nicht vor der antisemitischen Hexenjagd retten können.

Ob Gysi Vorsitzender dieser Partei bleibt oder nicht, es ist die stalinistische Politik, die zum Ausverkauf der DDR und jetzt zur Hexenjagd gegen die eigene Partei führt. Die Spartakist-Kandidaten zur Bundestagswahl rufen diejenigen auf, die sich immer noch zur Oktoberrevolution und den kommunistischen Idealen bekennen, die Führung der PDS als die Verräter zu behandeln, die sie sind, und auszutreten und sich uns in der Verteidigung von Pohl und Langnitschke gegen die antikommunistische Hexenjagd anzuschließen – im Kampf, die Werktätigen zu verteidigen, besonders ihre unterdrücktesten Teile. Dafür gibt es nur den Weg Lenins und Trotzki's! ■

Protesterklärung

An die Senatsverwaltung der Justiz, Berlin

**Sofortige Freilassung von Wolfgang Pohl und
Wolfgang Langnitschke!
Hände weg von der PDS!**

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands protestiert schärfstens gegen die Festnahme des PDS-Schatzmeisters und Bereichsleiters durch die Berliner Polizei! Wir fordern die sofortige Freilassung von Wolfgang Pohl und Wolfgang Langnitschke, die Geld an die Sowjetunion überwiesen, um ihre eigene Partei zu schützen! Schluß mit den Angriffen auf die PDS-Zentrale! Die gesamte Arbeiterklasse muß zur Verteidigung der PDS mobilisiert werden!

Im Geiste von Pastor Niemöllers berühmter Verurteilung derjenigen, die sich weigerten, die Opfer der Nazis zu verteidigen, erklären wir: Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Wir fordern: Bürgerlicher Staat, Finger weg von den Kassen der Parteien der Arbeiterklasse! Der SPD/AL-Senat und seine Polizei haben in den Finanzen von Arbeiterparteien nichts zu suchen, auch nicht die „Justiz“, die nach 1945 mit den Blutrictern des Dritten Reichs aufgebaut wurde. Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd!

Berlin, 26. 10. 1990

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und die Broschüre „*Marktsozialismus*“ in Osteuropa

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 79

Bestellt bei:

Postfach 2002
Berlin O-1026
Sparkasse der Stadt Berlin
Konto-Nr. 6652-44-314496

c/o Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Postgiro Ffm 119 88-601

SPARTAKIST

Ausverkauf der DDR, Auslieferung der Genossen: PDS vor dem Aus?

Klassenverrat lohnt sich nicht

Bekämpft die antikommunistische Hexenjagd!

Für eine zweite sozialdemokratische Partei gibt es im Vierten Reich des deutschen Imperialismus keinen Platz. Das haben wir Spartakisten seit dem letzten Herbst gegenüber der SED/PDS immer wieder betont. Und das hat sich im nachhinein auch bestätigt. Unwiderlegbarer Beweis dafür ist das jüngste (aber gewiß nicht letzte) Kapitel der Verfolgung der Partei des Demokratischen Sozialismus unter der Führung von Gregor Gysi und dem ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Mit Gorbatschows Segen wollten sie „mit aufrechtem Gang“ in die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands gehen. Aber der Ausverkauf der DDR erforderte eine Knierutscher-Politik, sie brachte der Partei die Drohung der Enteignung ein, und jetzt sehen wir die bauchkriecherische Auslieferung der eigenen Genossen.

Knapp zwei Wochen nach dem formellen Anschluß des ostdeutschen bürokratisch deformierten Arbeiterstaats an das imperialistische Westdeutschland hat die neue Staatsmacht zweimal das Hauptquartier der PDS am Rosa-Luxemburg-Platz durchsucht. Das erste Mal kamen sie mit einem 150 Mann starken Trupp schwerbewaffneter Polizisten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ohne jegliche gerichtliche Genehmigung. Gysi wurde mitten in der Nacht herbeizitiert, sein Büro war schon durchwühlt, eine glatte Verletzung seiner Abgeordnetenimmunität. Den Vergleich mit dem Überfall von Görings Gestapo auf das Karl-Liebkecht-Haus wenige Tage nach Hitlers Machtantritt zogen viele PDS-Mitglieder, aber Gysi & Co. erstickten dies mit der Losung „1990 ist nicht 1933“. Aber eine Woche später kommt die Staatsanwaltschaft schon wieder ins Gebäude, diesmal auf Biten des Herrn Parteivorsitzenden selbst.

Früher am selben Tag hatte Gysi auf einer Pressekonferenz eine Erklärung des PDS-Schatzmeisters Wolfgang Pohl verteilt, worin dieser gesteht, er habe zusammen mit dem Finanzbereichsleiter Wolfgang Langnitschke „partei eigenes Geld aus Angst vor Enteignung und Illegalität für die zukünftige Arbeit der Partei zu sichern“ versucht und es deshalb außer Landes geschafft. Obwohl Pohl die gebotene Selbstkritik für diesen „Fehler“ leistete, sind das ganz lobenswerte Gründe, insbesondere angesichts der andauernden Verteufelung der PDS durch die neuen Herrscher. Diese Aktion soll aber als Verbrechen gelten, weil sie gegen eine Sonderklausel des Parteiengesetzes der ehemaligen DDR verstößt, wonach Parteien ihr Vermögen an eine staatliche Kommission zur Prüfung und Verwaltung übergeben müssen. In ähnlicher Weise wurde die KPD durch das Hitlersche Er-

mächtigungsgesetz von 1933 ihres Vermögens beraubt.

Nirgendwo sonst in der Welt sind politische Parteien einer solchen totalitären Zwangsverwaltung ausgesetzt, die sie praktisch um jede Unabhängigkeit bringt. Dieses Sondergesetz ist ganz offensichtlich gegen die PDS gerichtet und wurde von den Volkskammermehrheitsparteien verabschiedet, die sämtlich von ihren Schwesterparteien in der BRD und von der Bonner Regierung mit



ADN

Polizei-Überfall auf Berliner PDS-Zentrale im Karl-Liebkecht-Haus

Millionen DM finanziert werden. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands sagte einfach „Nein!“ zu dieser Verfolgungsmaßnahme und rief (in unserem „Offenen Brief“ vom 12. Juli) alle proletarischen und linken Organisationen dazu auf, durch einheitliche Verweigerung das Gesetz außer Kraft zu setzen. Leider haben die PDS und andere Linke gekuschelt anstatt zu kämpfen. Jetzt ist die DDR weg, aber dieses groteske antikommunistische Partei enteignungsgesetz bleibt! Und so sitzen Pohl und Langnitschke im Knast, ausgeliefert vom „Demokraten“ Gysi, der damit seine totale Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat beweisen will.

Die *Junge Welt* erklärte am Sonnabend nach dem Überfall: „Die PDS hat sich dieses Ei selbst ins Nest gelegt“, und stimmte der bürgerlichen Presse zu, dies zeige, daß die angeblich „erneuerte“ Partei nur ein Januskopf sei, mit dem Gesicht Gysis einerseits und auf der anderen Seite mit dem alten SED-Apparat und den alten (Stasi, versteht sich) „Seilschaften“. Ähnliche Töne wurden am Montag in *Neues Deutschland* angeschlagen. In schroffem Gegensatz zu dieser Selbstverfolgung hat die SpAD ein Flugblatt herausgebracht, das die „Sofortige Freilassung von Pohl, Langnitschke!“ verlangt und das Handeln von Gysi und Modrow als Klassenverrat

Fortgesetzt auf Seite 13